Drucksache 14/903

Änderungsanträge

14. Wahlperiode

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 14/803

Staatshaushaltsplan 2007/08

Einzelplan 03: Innenministerium

Ausgegeben: 07. 02. 2007

14. Wahlperiode

Änderungsantrag

LANDTAG B-W 06.FEB.2007 15:48

der Fraktion Grüne

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses DS 14/803

Staatshaushaltsplans für 2007/08

Einzelplan 03 Innenministerium

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0325

Verkehr

Tit. 682 80

Zuschüsse an öffentliche Unternehmen

2007

2008

Tsd. €

Tsd. €

statt

557.712,5

543.002,2

zu setzen

565.300,0

565.300,0

Stuttgart, den 1. Februar 2007

Wölfle, Metzger, Kretschmann und Fraktion

Begründung:

Die von der Landesregierung vorgesehenen Angebotskürzungen beim Schienenpersonennahverkehr würden zu einem Rückgang der Fahrgastzahlen und eine Verlagerung auf den Straßenverkehr führen. Diese Entwicklung würde die Probleme auf unseren Straßen verschärfen und die Klimaschutzziele der Landesregierung konterkarieren.

Ein Verzicht auf die Kürzung der Zuschüsse für den Schienenpersonenverkehr ermöglicht es, das bisherige Zugangebot uneingeschränkt fortzuführen. Ein Verzicht auf das verkehrlich uneffektive Projekt "Stuttgart 21" schafft den hierzu erforderlichen finanziellen Spielraum.

14. Wahlperiode

Änderungsantrag

LANDTAG B-W 04.FEB.2007 15:49

der Fraktion Grüne

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses DS 14/803

Staatshaushaltsplans für 2007/08

Einzelplan 03 Innenministerium

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0325 Verkehr

Tit. 661 02 Vorfinanzierungskosten für die NBS Stuttgart-Ulm und Stuttgart 21

	2007 Tsd. €	2008 Tsd. €
statt	1.000,0	25.000,0
zu setzen	1.000,0	1.000,0

Stuttgart, den 1. Februar 2007

Wölfle, Metzger Kretschmann und Fraktion

Begründung:

Das Projekt "Stuttgart 21" ist verkehrlich nicht effektiv genug um die exorbitanten Kosten zu rechtfertigen und stellt auch ein erhebliches Haushaltsrisiko dar. Es sollte daher nicht weiterverfolgt werden.

Wegen der bisherigen einseitigen Ausrichtung des Projektes "Neubaustrecke Stuttgart – Ulm" auf den Anschluss an "Stuttgart 21" kann der Bau der Neubaustrecke erst in Angriff genommen werden, wenn der Anschluss an das Bestandsnetz in Stuttgart geklärt ist.

Daher reichen in den Jahren 2007 und 2008 Haushaltsansätze in der Größenordnung des Ansatzes für 2006 aus.



14. Wahlperiode

LANDTAG B-W

04.FEB.2007 14:29

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/803

zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008

Einzelplan 03 Innenministerium

Freiwilliger Polizeidienst

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0314 Landespolizei

Titel 543 01 Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes

	2007	2008
	TSD€	TSD€
Statt	2.170,2	2.170,2
Zu setzen	0,0	0,0

und die Erläuterungen entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 6. Februar 2007

Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Der freiwillige Polizeidienst soll abgeschafft und freiwerdende Mittel für zusätzliche Planstellen im Polizeibereich verwendet werden.



14. Wahlperiode

LANDTAG B-W 06.FEB.2007 16:29

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/803

zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008

Einzelplan 03 Innenministerium

Stärkung der Bereitschaftspolizei

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0316 Bereitschaftspolizei

Titel 422 03 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und dgl.

	2007	2008
	TSD€	TSD €
Statt	13.501,1	14.879,7
Zu setzen	14.662,1	14.879,7

und die Erläuterungen entsprechend zu ändern

sowie bei der Stellenübersicht für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und dgl. bei Polizeimeisteranwärter für 2007 113 zusätzliche Stellen auszubringen.

Stuttgart, 6. Februar 2007

1. Le

Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die Zahl der Polizeimeisteranwärter soll nicht erst im Jahr 2008, sondern bereits im Jahr 2007 auf 1.050 angehoben werden. Zur Deckung der Mehrausgaben können frei werdende Mittel aus der von der SPD geforderten Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes verwendet werden.

Drucksache. 14/903-5

14. Wahlperiode

LANDTAG B-W

06.FEB.2007 16:28

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/803

zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008

Einzelplan 03 Innenministerium

Streichung der Schuldendiensthilfe an den Flughafen Stuttgart für den Ausbau des Regionalflughafens Karlsruhe/Baden-Baden

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0325 Verkehr

Titel 661 01 Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH.

	2007	2008
	TSD€	TSD€
Statt	5.850,0	5.850,0
Zu setzen	0,0	0,0

und die Erläuterungen entsprechend zu ändern

Rein

Stuttgart, 6. Februar 2007

Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Finanzhilfen des Landes an die Flughafen Stuttgart GmbH für den Ausbau des Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden sind weder notwendig noch sachgerecht. Die Entwicklung des Flugaufkommens macht überdies eine vollständige Eigenfinanzierung möglich.

Landtag von Baden-Württemberg

14. Wahlperiode

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

LANDTAG B-W 06.FEB.2007 16:28

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/803 zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008

Einzelplan 03 Innenministerium

Streichung der Zuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflughäfen und Regionallandeplätzen

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0325 Verkehr

TG 71 Förderung der Luftfahrt

1. Titel 891 71 Investitionszuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflughäfen/Verkehrslandplätze

	2007	2008
	TSD€	TSD€
Statt	257,0	257,0
Zu setzen	0,0	0,0

den Planvermerk zu streichen und die Erläuterungen entsprechend zu ändern.

2. Titel 892 71 Investitionszuschüsse zum Bau und Ausbau von Verkehrslandeplätzen

	2007	2008
	TSD€	TSD€
Statt	1.000,0	1.000,0
Zu setzen	0,0	0,0

Stuttgart, 6. Februar 2007

Je j

Vogt, Dr. Nils Schmid und Fraktion

Begründung

Für die Bereitstellung der Mittel für den Bau und Ausbau von Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätzen gibt es keine zwingenden rechtlichen Verpflichtungen.

Drucksache 14 / 903 - 7

14. Wahlperiode

LANDTAG B-W

06.FEB.2007 16:28

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/803

zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008

Einzelplan 03 Innenministerium

Erhöhung der Zuschüsse an öffentliche Unternehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0325 Verkehr

Titel 682 80 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen

	2007	2008
	TSD €	TSD€
Statt	557.712,2	543.002,2
Zu setzen	570.712,2	556.002,2

und die Erläuterung entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 6. Februar 2007

Vogt, Dr. Nils Schmid und Fraktion

Begründung

Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Kürzung von Investitionszuschüssen für den Bahnverkehr treffen die Pendler in besonders hartem Maße. Gerade in Zeiten von steigenden Pendlerzahlen wären Zugkürzungen genau das falsche Signal. Die Folgen wären noch stärker überlastete Straßen und damit verbunden höhere Belastungen der Umwelt und Bürger, z. B durch Feinstaub.



14. Wahlperiode

LANDTAG 8-W 06.FEB.2007 16:28

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/803

zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008

Einzelplan 03 Innenministerium

Verstärkung der Mittel für die Erhaltung von Landesstraßen

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0326 Straßenbau

TG 79 Baumaßnahmen an Landesstraßen

Titel 781 79 Erhaltung

	2007	2008
	TSD€	TSD€
Statt	8.700,0	24.700,0
Zu setzen	18.700,0	34.700,0

und die Erläuterung entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 6. Februar 2007

Vogt, Dr. Nils Schmid und Fraktion

Begründung

Der Zustand der Landestraßen ist teilweise in einem völlig inakzeptablen Zustand. Weitere Verzögerungen bei den dringend notwendigen Erhaltungsmaßnahmen erhöhen zudem den künftigen Investitionsbedarf. Deshalb ist eine Verstärkung der Landesmittel in diesem Bereich notwendig.